

Nationalratswahlen 2011

Wahlplattform der JUSO Kanton Zürich

Für einen starken Service Public für alle!

Antrag zuhanden der Delegiertenversammlung der JUSO Kanton Zürich vom 20. August 2011.

Wir wollen eine Wirtschaft, die den Menschen mit seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen ins Zentrum stellt und sich nach ebendiesen richtet. Die wirtschaftliche Tätigkeit muss am Wohl der Gesellschaft ausgerichtet sein und darf nicht der Profitmaximierung zu Gunsten einiger Manager oder Aktionäre dienen. Die heutige Wirtschaftsordnung ist unserer Demokratie nicht würdig. Alle demokratischen Prinzipien, worauf die Schweiz als „Vorzeigeland der Demokratie“ stolz ist, verlieren ihren Geltungsanspruch, sobald es um wirtschaftliche Entscheidungsfindungen geht. Der Mensch in unserer Gesellschaft verbringt etliche Stunden seines Lebens bei der Arbeit, die Arbeitsstelle gehört wohl zum wichtigsten gesellschaftlichen Bewegungsfeld eines Individuums. Die Arbeitstätigkeit bildet zudem die finanzielle Grundlage, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Aus unserer wirtschaftlichen Tätigkeit ergibt sich nicht nur unsere existentielle Grundlage, sondern sie ist zudem die wichtigste soziale Sphäre, in der wir uns bewegen. Eine Demokratie ist somit ihrem Namen erst würdig, wenn auch die Wirtschaft der Demokratie unterstellt ist.

Der Service Public heute

Die Vergesellschaftung von Produktionsmittel ist ein Weg zur Sozialisierung wirtschaftlichen Gutes. Vergesellschaftung bedeutet, einen Wirtschaftszweig der demokratischen Kontrolle zu überführen und ihn dem Primat des gesellschaftlichen Wohles zu unterstellen. Sucht man heute nach Anfängen hin zu vergesellschaftlichten Produktionsmitteln, so wird man – zumindest teilweise – beim Service Public fündig. Der Service Public bildet die vom Staat garantierte Grundversorgung. Leistungen, welche die Mitglieder unserer Gesellschaft unbedingt in Anspruch nehmen müssen, werden vom Staat bereitgestellt. Dazu gehören beispielsweise der öffentliche Verkehr, die Post oder die Volksschule. Jedoch ist der Service Public in den letzten zwanzig Jahren von Bürgerlicher Seite stark unter Druck gekommen. Bis Ende der 1980er Jahre war ein öffentlicher Dienst, der seinen Namen würdig war, selbstverständlich – deutlich erkennbar an den Staatsbetrieben wie SBB und PTT. Mit dem Siegeszug des Neoliberalismus, der diesen bewährten Institutionen den Garaus machen wollte, und den Staat in allen Bereichen möglichst zurückdrängen wollte, begann auch in der Schweiz die Zerschlagung und Privatisierung der öffentlichen Dienste. Wohin dies führt, zeigt beispielsweise die ehemalige PTT: Sowohl im Post- als auch im Telekommunikationsbereich steigen die Preise laufend an, während der Service immer schlechter wird (Schliessung von Poststellen). Doch die Marktgläubigkeit der Bürgerlichen hat dadurch nicht beirren lassen und noch heute wird bürgerliche Politik nach dem Zauberwort der Privatisierung betrieben.

Die Finanzierung obligatorischer staatlicher Leistungen wird über Abgaben und Gebühren vom Gemeinwesen auf den Einzelnen verlagert. Steuern sind ihrem Wesen nach progressiv, wer mehr Geld besitzt, zahlt auch mehr. Gebühren und Abgaben richten sich nicht nach den finanziellen

Umständen einer Person, sondern alle zahlen den gleichen Betrag. Eine solche Finanzierung ist unsolidarisch und ist nichts anderes als eine politisch motivierte Unterwanderung des Service Public: Staatliche Ausgaben werden gering gehalten, damit im Gegenzug den Abzockern und Bonzen Steuergeschenke entrichtet werden können. (Bsp. Abschaffung der direkten Erbschaftssteuer)

Die bürgerlichen Forderung nach mehr Renditeorientierung im öffentlichen Dienst lehnen wir entschieden ab: Wohin das führt, sieht man deutlich im Energiebereich: Viel zu lange wurde auf Atomstrom statt auf erneuerbare Energien gesetzt. Ebenso negativ wirkt sich das bürgerliche Credo auf die SBB aus: Auf Grundstücken, welche die öffentliche Hand den Bundesbahnen ursprünglich zu Bahnzwecken überliess, entstehen heute Luxuswohnungen, anstatt dass die SBB das Land für gemeinnützigen Wohnbau zur Verfügung stellt.

Argumente für einen starken Service Public

1. Der Service Public unterliegt nicht reiner Renditeorientierung, sondern bietet gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen für die ganze Bevölkerung an – nicht nur solche, die sich finanziell "lohnen". Gleichzeitig kann er in vielen Bereichen günstiger wirtschaften als die Privatwirtschaft, da er weder Aktionärsdividenden noch Managerlöhne noch Werbekosten decken muss.
2. Die Dienstleistungen des Service Public sind für alle Menschen im Land gleichermassen zugänglich. Dank der Finanzierung durch Steuergelder tragen diejenigen mehr bei, die es sich leisten können.
3. Ein ausgebauter Service Public verhindert, dass Monopolgewinne an Private fließen. Wenn Dienstleistungen, die alle konsumieren müssen, privat sind, kann damit viel Geld verdient werden. Der öffentliche Dienst verhindert dass, indem er solche Dienstleistungen der Allgemeinheit zu günstigen Tarifen zur Verfügung stellt.

Ausbau des Service Public

Zum Service Public muss alles gehören, was die Mitglieder einer Gesellschaft zwingend oder unter hoher Wahrscheinlichkeit konsumieren müssen. Diese Leistungen müssen möglichst preisgünstig angeboten werden. Der Service Public bringt gute Leistungen für tiefere Preise, als dies in der Privatwirtschaft möglich wäre, denn dank Monopol oder Teilmonopol braucht kaum Geld für Werbung ausgegeben zu werden, es werden keine exorbitanten Managerlöhne ausbezahlt und es wird nicht primär die Profitmaximierung zugunsten der Aktionäre als Ziel verfolgt, sondern die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen.

Der Service Public muss allen in gleichem Masse zugänglich sein, ob in ländlichen Regionen oder in der Stadt, ob alt oder jung, ob reich oder arm. So braucht es beispielsweise auch Poststellen und Postautos in Regionen, deren Bewirtschaftung sich unter renditeorientierter Betrachtungsweise nicht lohnen würde.

In folgenden Bereichen muss der Service Public erhalten und/oder ausgebaut werden:

- Öffentlicher Verkehr – im ganzen Land und zu günstigen Preisen!
- Post – dichtes Poststellennetz, gutes Angebot!
- Telekommunikation – Rückverstaatlichung, um dem Doppel- und Dreifachantennenunwesen und den horrenden Preisen ein Ende zu bereiten!
- Schule und Bildung – öffentlich und allen zugänglich!
- Kinderbetreuung – für alle!

- Krankenkasse – für eine staatliche Einheitkasse nach dem Vorbild der SUVA!
- Bankwesen – Grossbanken zerschlagen, Kantonal-, Spar- und Genossenschaftsbanken fördern, im Interesse der Wirtschaft und des Gewerbes!
- Energie – Förderung erneuerbarer Energien und Ausstieg aus der Atomenergie!
- Sport & Freizeit – Günstige und gute Angebote für alle, auch die ohne dickes Portemonnaie! Mehr Freiräume für Jugendliche!
- Wohnbau – gut und günstig wohnen für alle, statt Profite für Immobilienspekulanten!

Die Liste lässt sich selbstverständlich verlängern. Und es müssen auch nicht alle der genannten Bereiche vom Staat angeboten werden. So spielen zum Beispiel im Bank- oder Wohnbereich Genossenschaften eine wichtige Rolle, ebenso Stiftungen und anderen nicht gewinnorientierte Einrichtungen. Ebenfalls ist die Eigentumsfrage zu stellen: Boden als nicht vermehrbare Gut, das wir alle "zwangskonsumieren" müssen (wer braucht keine Wohnung?), darf nicht länger im Privatbesitz sein. Solange diese Forderung nicht umgesetzt ist, soll die öffentliche Hand möglichst viel Land der Spekulation entziehen und darauf günstigen Wohn- und Gewerberaum realisieren.

Auch die Banken sind Teil des Service Public – ein Beispiel

Ein Ausbau des Service Public ist im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung, da über einen solchen Ausbau ihre Interessen im Zentrum stehen, die ansonsten der Profitmaximierung und der Spekulation unterstellt gewesen wären. Am Beispiel der Banken zeigt sich das besonders deutlich. Banken übernehmen eine zentrale Rolle in unserer Wirtschaft, indem sie Gelder zur Verfügung stellen und damit den Wirtschaftskreislauf aufrecht erhalten. Zudem horten sie das gesamte Ersparte der Bevölkerung, wodurch ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft weiter wächst. Doch die Investitionen, die sie mit dem Volksvermögen tätigen, richtet sich oft nicht nach dem Interessen der Allgemeinheit: Kurzfristige Profitorientierung hat zu risikoreichen Spekulationen geführt, wodurch massiv Werte vernichtet wurden und die SteuerzahlerInnen mit riesigen Summen für die Rettung der Grossbanken aufkommen mussten.

Die Banken nehmen ihre Verantwortung nicht wahr, werden ihrer Rolle nicht gerecht. Anstatt Gelder sinnvoll zu verwalten und zu investieren, spekulieren sie auf den Finanzmärkten und tragen dort zur "Blasenbildung" bei. Durch ihre Grösse ("too big to fail") stellen sie ein enormes Risiko für die Volkswirtschaft dar, wie die letzte Finanzkrise deutlich gezeigt hat. Dabei würden ihre Leistungen zur Grundversorgung gehören. Die Banken sind ein Teil des Service Public – sie haben sich an den Interessen der Gesellschaft zu orientieren, und nicht am Profit der Manager und der Aktionäre.

Die JUSO kämpft deshalb für die Zerschlagung und Vergesellschaftung der Schweizer Grossbanken und für die Umwandlung der Banken in Genossenschaften oder in Betriebe des Staatsbesitzes, wie dies auch in anderen Ländern der Fall ist. Die Kantonal-, Spar- und Genossenschaftsbanken behalten ihre Selbständigkeit. Zu ihren Hauptaufgaben gehört die Vergabe von Hypothekar- sowie Gewerbe- und KMU-Krediten. Die Stellung der Banken als Teile des Service Public wird durch die entsprechende Gesetzgebung geschützt und gestärkt. Die Geschäftstätigkeit der Schweizer Grossbanken wird an strenge Auflagen gebunden, um künftige Finanzkrisen zu verhindern.

Finanzierung des starken Service Publics

Die Finanzierung eines starken Service Publics für die Gesellschaft erfolgt gerechterweise über progressive Steuern. Abschaffung oder Reduktion ganzer Steuerkategorien (z.B. Erbschaftssteuer, Handänderungssteuer, Unternehmenssteuerreform) und der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen lässt die Steuern für die Reichen und Reichsten weiter sinken. Die Steuerlast muss wieder gerechter verteilt werden. Nur wenn auch die Abzocker und Bonzen ihren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten und Verantwortung übernehmen, ist ein Staat möglich, der wirklich für alle da ist.

Die JUSO Kanton Zürich kämpft deshalb mit der Bonzensteuer-Initiative für eine Steuer von einem Prozent auf Vermögen von über 2 Millionen Franken. Dies würde bedeuten, dass der Kanton Zürich jährlich rund 100 Millionen mehr für den Service Public zur Verfügung hätte!

Der Service Public als Teil der Wirtschaftsdemokratie: Durch Mitbestimmung

Der Service Public wie wir ihn heute kennen, ist nicht das Gelbe vom Ei. Häufig handelt es sich um privatwirtschaftlich funktionierende Unternehmen, wofür Bundesrat und Parlament lediglich Rahmenbedingungen erlassen können. Unternehmen, die dem Service Public angehören, müssen grundlegend demokratisiert werden und (wieder) der direkten Kontrolle des Bundes unterstellt werden. Teilprivatisierte Unternehmen werden wieder in die volle Kontrolle des Staates überführt.

Nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern auch in der Privatwirtschaft fordern wir mehr Mitbestimmung der Beschäftigten! Auch Arbeitnehmende und Konsumenten müssen an der wirtschaftlichen Entscheidungsfindung beteiligt sein. Nur durch Mitbestimmung kann das Verhältnis der Gesellschaft zur Wirtschaft ein anderes, nämlich ein bewusstes und ein verantwortungsvolles werden. Nur so entsteht ein Sinn für das kollektive Entscheiden, das kollektive Handeln. Eine wahrhafte und alltägliche Beteiligung am Formen der sozialen Räume, in denen man sich bewegt, lässt die demokratische Teilnahme zu einer Selbstverständlichkeit werden. Mit anderen Worten: Die wirtschaftliche Mitbestimmung kann nur zu einer Politisierung der Gesellschaft führen und die Demokratie in diesem Sinne weiterbringen.

Dabei geht es nicht um die sogenannte Mitbestimmung nach deutschem Vorbild (Betriebsräte, denen aber oftmals der eigene Betrieb am nächsten ist). Was wir fordern, ist die radikale Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse in den Betrieben und damit auch in unserer Gesellschaft. Denn nur dann könne wir dafür sorgen, dass die Interessen der Allgemeinheit die Wirtschaft dominieren, und nicht das Profitstreben einiger weniger Aktionäre und Manager. Nur so können wir der Arbeit Vorrang vor dem Kapital geben und die Wirtschaft nach demokratischen Grundsätzen im Dienste aller organisieren. Denn nur wenn wir durch Massenorganisation die Verhältnisse in den Unternehmungen verändern können und die Macht neu verteilen, können wir der Arbeit ihren Wert vor dem Kapital zurückgeben und die Wirtschaft nach demokratischen Grundsätzen im Dienste aller organisieren. Dabei organisieren sich die Mitarbeitenden sowohl direkt am Arbeitsplatz, als auch im gesamten Unternehmen. Sie haben ein Mitbestimmungsrecht bei allen operativen Entscheiden und diskutieren, formulieren und setzen ihre Anliegen und ihre Unternehmenspolitik in diesem Rahmen um.

Wirtschaftsdemokratie fördert damit die Mitbestimmung jedes und jeder einzeln in einem zentralen Lebensbereich – am Arbeitsplatz. Damit ergänzt sie die politische Demokratie: Denn die Demokratie verdient erst dann ihren Namen, wenn sie alle Lebensbereiche umfasst!

Stand: 12. August 2011